

Harmos: Forscher befürchten Kultur des Mogelns

Uni-Professoren kritisieren Schulreform aufgrund ausländischer Studien

VON NICOLE MEIER

ZÜRICH Gegen die Harmonisierung der Volksschule formiert sich neuer Widerstand: Eine Gruppe von renommierten Erziehungswissenschaftlern kritisiert die geplanten Bildungsstandards in Harmos. «Die Leistungstests werden unerwünschte Nebenwirkungen haben, aber die hohen Erwartungen nie erfüllen», sagt Urs Haerberlin, emeritierter Professor der Universität Freiburg und Autor mehrerer Nationalfonds-Studien. Er befürchtet, dass Tests nicht zu besserem Unterricht und höheren Schulleistungen führen, sondern zum gezielten Training auf Tests hin und zu einer Wettkampfmotivität, in der schwache Schüler auf der Strecke bleiben.

Mit Haerberlin erheben andere Forscher ihre kritische Stimme: Professor Georg Feuser von der Universität Zürich, Professor Winfried Kronig von der Universität Freiburg und Professor Walter Herzog vom Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Bern. Herzog bemängelt, die Schweiz unterwerfe sich einer wirtschaftlichen Reform der Schule, obwohl Studien aus den USA zeigten, «was für Unsinn damit angerichtet werden kann».

Die Standards sind noch gar nicht ausgearbeitet

Damit spielt Herzog auf zwei neuere Untersuchungen der Arizona State University und der University of Texas an. Beide kommen zum Schluss: Leistungstests führen in den meisten US-Staaten nicht zu besseren Leistungen, fördern aber eine Kultur des Mogelns. Insbesondere dann, wenn Sanktionen wie Stipendienvergaben oder Beförderungen von Lehrern damit verbunden sind.

Diesen Vergleich lässt die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), aus deren Küche Harmos stammt, nicht gelten. Die Standards zielen auf die Vergleichbarkeit der Bildungsqualität. «Die Schweiz plant aber keine Tests für individuelle Schülerleistungen wie in den USA», sagt Heinz Rhyn, Verantwortlicher für Qualitätsentwicklung. Man wolle lediglich die kantonalen Schulsysteme überprüfen. «Wir planen weder Rankings noch Sanktionen.» Wenn eine Schule den Minimalstandard nicht erreiche, werde sie unterstützt und nicht



Kritik an Harmos: Die SVP profitiert

FOTO: BRUNO SCHLATTER

Harmos: Abstimmung in vier Kantonen

Die Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos) tritt in Kraft, wenn ihr zehn Kantone beigetreten sind. Bisher dabei sind: Schaffhausen, Glarus, Waadt, Jura, Neuenburg und Wallis. Den Entscheid gefällt hat jeweils der Kantonsrat beziehungsweise die Landsgemeinde. Wo die SVP das Referendum ergriffen hat, kommt

die Vorlage vors Volk. Bei der ersten Abstimmung im Kanton Luzern hat das Volk Harmos verworfen. Am 30. November stimmen Zürich, St. Gallen, Thurgau und Graubünden ab, am 8. Februar Nidwalden. Im Kanton Bern läuft die Referendumsfrist bis zum 5. Januar – ein Komitee unter der Führung der EDU sammelt derzeit Unterschriften. (NIM)

Harmos-bestaft. Allerdings: Die Standards sind noch nicht ausgearbeitet. Im Harmos-Text steht lediglich, dass die EDK in einer ersten Phase Standards für Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften festlegt. Im vierten, achten und elften Schuljahr werden die Leistungen überprüft – die Kantone müssen die festgelegten Minimalstandards mit allen Schülern erreichen.

Harmos-Befürworter beurteilen Standards kritisch

Deshalb bleibt Urs Haerberlin bei seiner Kritik: «Wichtig ist doch, was man damit anstellen kann – es steht nirgends, dass Rankings und individuelle Tests ausgeschlossen sind.» Tatsächlich gibt es Kreise, die genau dieses Ziel verfolgen. So hat sich der Kanton Bern bereits letztes Jahr mit einem parlamentarischen Vorstoss zur Einführung von Schulratings beschäftigt. Die Motion wurde zwar abgelehnt, die Grundidee aber bleibt. «Wir müssen Vergleichbarkeit herstellen, auch wenn sich die Forschung dagegen wehrt», sagt Leonhard Cadetg von der FDP-Bildungskommission.

Auch Befürworter von Harmos beurteilen die Standards durchaus kritisch. Zum Beispiel der Lehrerverband: «Wir sehen die Risiken und nehmen die Bedenken der Kritiker ernst, sehen aber auch die grossen Vorteile», sagt Anton Strittmatter, Mitglied der Geschäftsleitung. Deshalb müsse man alles daran setzen, dass die Befürchtungen nicht eintreten.

Pisa-Mitautor Urs Moser von der Uni Zürich erkennt eine «Gefahr des Scheiterns» und bezeichnet es als «Rätsel», dass das Thema in der bisherigen Harmos-Debatte untergegangen ist. Er mahnt: Lehrerinnen und Lehrer müssen an Bord geholt werden. Zudem dürfe man den grossen Wurf nicht auf billig und simpel trimmen.

Die kritischen Professoren um Haerberlin mischen sich in den Abstimmungskampf um Harmos ein, weisen parteipolitische Interessen aber von sich. Georg Feuser bedauert gar, dass «die Falschen Nutzniesser des erforderlichen Protests sind». Und Herzog stellt fest: «Weil sich die SVP gegen Harmos eingeschossen hat, scheint man in der Öffentlichkeit anzunehmen, Harmos sei progressiv – was es ganz und gar nicht ist.»

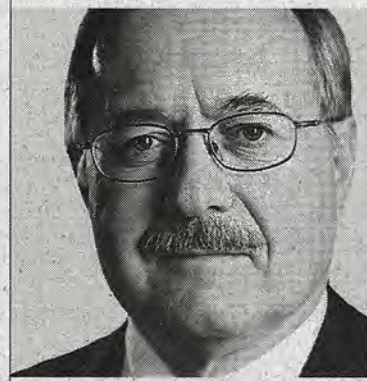
SONNTAGSGESPRÄCH SEITE 29

Schmid stoppt Hobby-Rambos

Militärverein musste Übung abblasen – weil VBS Zulassung verweigerte

BERN Verteidigungsminister Samuel Schmid duldet Hobbyrambos der Schweizer Armee nicht mehr. Er hat Anfang September erstmals die schärfere Haltung gegenüber Übungen ausserhalb der Dienstzeit angewandt. Schmid lehnte einen Antrag des Vereins Angehörige Aufklärungs- und Kampftruppen der Schweizer Armee (AAKSA) ab, durch das VBS als Milizgesellschaft anerkannt zu werden.

Nach dem Bootsunglück auf der Kander, bei dem im Juni dieses Jahres fünf Armeeeingehörige ums Leben kamen, schränkte die Armeeführung militärische Übungen ein: Sie dürfen nur noch dann organisiert werden, wenn sie im Kernauftrag der entsprechenden Truppengattung liegen. Dieser Umstand hat jetzt zur Ablehnung des AAKSA-Vorhabens geführt.



Verteidigungsminister Samuel Schmid

FOTO: KEYSTONE

Der AAKSA-Vorstand hatte das Gesuch Ende Juli eingereicht – er wollte am letzten Wochenende eine grosse Übung im Gantrisch-Gebiet durchführen. Diese mussten die Soldaten nach dem Entscheid im VBS abblasen, obschon sie im Internet mit martialischen Fotos Werbung für die Veranstaltung gemacht hatten.

Jetzt will der AAKSA-Vorstand bis zur Generalversammlung überlegen, wie er doch noch zu einer Bewilligung aus Bern kommt. Weil der neu gegründete Militärverein Mitglieder aus allen Truppengattungen aufnimmt, ist die Einhaltung der neuen Auflagen allerdings aussichtslos. In dem Brief an den Vereinsvorstand, der sich aus jungen Offizieren zusammensetzt, schreibt Bundesrat Schmid: «Es wäre sinnvoll, wenn nur ausgebildete Aufklärer Ihrem Verein angehören würden, was die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen im Rahmen der ausserdienstlichen Tätigkeiten besser ermöglichen würde.»

MATTHIAS HALBEIS

Baschi und Stress für Energy

Prominente Unterstützung im Kampf gegen die Schliessung des Zürcher Privatradios

ZÜRICH Der Widerstand von Showstars, Politikern und Hörern gegen die Schliessung des Privatradios Energy Zürich wächst. Gestern sammelten mehrere Dutzend Prominente zusammen mit Energy-Mitarbeitern mehr als 10 000 Unterschriften für die Petition Energy4Ever. Für den Fortbestand des Senders warben in Zürich Musiker wie Baschi, Stress oder Marc Sway und TV-Moderatoren wie Beni Thurnheer, Eva Camenzind oder Roman Kilchspurger, der bei Energy die Morgensendung präsentiert. Auch von politischer Seite konkretisiert sich der Widerstand. Die drei Nationalräte der «Aktion Medienfreiheit» – Filippo Leutenegger, Thomas Müller, Natalie Rickli – werden dem Bundesrat eine dringliche Interpellation unterbreiten: Sie fragen, ob es der Meinungsvielfalt förderlich sei, wenn «jemand, der Radio oder Fernsehen machen möchte und könnte, an der Verweigerungshaltung staatlicher Behörden scheitert». Anlass für die Proteste ist der Entscheid von Bundesrat Moritz Leuenberger, dem wirtschaftlich erfolgreichen Sender Energy zum 31. März 2009 die Privatradiokonzession zu entziehen.

SEBASTIAN RAMSPECK

«Die SVP Schweiz erstrebt eine Zusammenarbeit unter den aufbauwilligen Kräften des Schweizer Volkes auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Toleranz», besagt Artikel 2 ihrer Statuten. Einer, der diesem Passus getreu nachlebt, ist der langjährige Parteipräsident und Favorit für die Bundesratswahl, Ueli Maurer.

Maurer: «Für Boden vergiesst man Blut»

Wird Maurer gewählt, hat er in Eveline Widmer-Schlumpf eine Bundesratskollegin, die er mit einem Blinddarm gleichsetzte: «Solange er nicht entzündet ist und sich nicht wehrt, kann man ihn lassen. Wird er aber zum Problem, muss man ihn entfernen.»

Für die SVP sei «Samuel Schmid so gut wie klinisch tot», sagte Maurer. Die Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsminister, dem er eventuell nachfolgen wird, war ihm «fast unerträglich bis zum körperlichen Abgestossen-Werden». CVP und FDP, die zur Wahl Maurers neigen, nannte er machtvollgeliebte «Systemparteien» –

ROGER DE WECK

Achtung und Toleranz



dieses historisch belastete Wort prägte in der Weimarer Republik die Nationalsozialisten, um gemässigte Kräfte zu diskreditieren. Sozialdemokraten sind nach Maurer mehr «Feinde» als Gegner.

Ueli Maurer begründete das Verbot des Verkaufs von Grundstücken an Ausländer so: «Für Boden vergiesst man Blut.» Berufstätige Mütter tragen seiner Ansicht nach zum «Niedergang unserer Gesellschaft» bei. Zur Erderwärmung froitzelte er: «Die

Leute haben es gern, wenn es ein bisschen wärmer wird.» Sein Politikbegriff: «Gute Politik ist, was der SVP nützt.» Und seine Methode: «Wenn ich von steigender Kriminalität rede, gähnen die Journalisten. Red ich dagegen von verstärkter Ausländerkriminalität, hören sie zu.» Wobei es Maurer einmal entfuhr, im Grunde habe die Schweiz kein gravierendes Ausländerproblem.

«Ich erachte meinen Stil nicht als unhöflich. Für mich ist es eher ein Akt der Höflichkeit, ungeschminkt zu argumentieren. So bleiben keine Verletzten zurück», zog er Bilanz, als er den Vorsitz der SVP Schweiz abgab: «Vielleicht war ich zu wenig radikal.» Auf die Frage, ob er sich die Wahl zum Bundesrat vorstellen könne, antwortete er 2007: «Nein, nie. Ich könnte das nicht; ich bin nicht der Typ dafür.» Von einem Bundesrat erwartet er nämlich «Offenheit und Fairness». Oder mit anderen Worten «gegenseitige Achtung und Toleranz», im Sinne der SVP-Statuten und der von Maurer verantworteten SVP-Plakate.